

geminderter Nährkraft, wenn es auch nur die Hälfte billiger ist? Was nützt ihnen das gefrorene Fleisch aus den amerikanischen und argentinischen Schlachthallen, von denen schon die haarsträubendsten Schweinereien gemeldet worden sind. Um solchen Anstalten, die an Reinlichkeit unter aller Kritik stehen, größeren Absatz zu ermöglichen, diese „appetitliche“ Ware besser los zuzubringen, schreibt man: „Grenzen auf“. Ja, wir haben sie offen, aber nicht für Produkte womit ein Volk vergiftet wird. Auch nicht für die kapitalistischen und sozialdemokratischen Wuchdrüber.

Trotzdem man im Ausland weiß, daß alles Fleisch, das über die Grenze kommt, auf seine Genießbarkeit geprüft wird, ist die Zufuhr von unbrauchbarer Ware nicht selten. Im Jahre 1908 betrug die Einfuhr an frischem und gepökeltem Fleisch, an Schweinefleisch u. dgl. 3 Millionen Zentner. Davon mußten über eine Million beanstandet und zurückgewiesen werden. Wie wäre es erst wenn keine Kontrolle geübt würde. Der Ruf, Grenzen auf, ist also eine Pflanze. Auch für lebendes Vieh sind die Grenzen offen. Kinder können in unbeschränkter Zahl eingeführt werden aus Oesterreich, Schweiz und Dänemark. Das sind die reichsten Länder. Schornie dürfen eingeführt werden aus Rußland 130 000 Stück und aus Oesterreich 180 000 Stück. Diese Einfuhrzahl ist aber noch nie erreicht worden, denn diese Länder haben nicht so viel Ueberfluß an Vieh und sind selbst auf Einfuhr angewiesen. Es muß bei uns doch nur gesundes Vieh eingeführt werden, daß unsere heimischen Viehbestände gesund bleiben. Wir hatten schon eine Zeit, wo durch Einkleppung von Viehseuchen dem deutschen Bauer die Existenz gefährdet war und das Nationalvermögen ungeheure Einbuße erlitt. Weihen berechnet den Verbleib bei der Fleischversorgung des deutschen Volkes infolge Seucheneinkleppung für die Jahre 1890 bis 1897 auf 325 Millionen.

Wir dürfen also parteipolitischen Fanatikern zu liebe kein so gefährliches Experiment wagen, nur probeweise wie man verlangt, alle Vorkehrungen aufheben. Solche Verrückungen in so weittragender, folgenschwerer Weise können und dürfen nicht gemacht werden, einer kleinen Interessengruppe oder einer Masse unverständiger oder böswilliger Schreier gegenüber. Es handelt sich somit um Öffnen der Grenzen, denn diese sind ja offen, sondern um bedingungslose Einfuhr jeglichen, auch des verfaulenden Viehes und des krankhaften Fleisches. Damit hängt die Lebensexistenz unserer heimischen Bauern und die Fleischversorgung unserer deutschen Bevölkerung zusammen. Zudem ist es überhaupt sehr fraglich, ob das Ausland uns billigeres Fleisch wie der einheimische Bauer liefern kann und liefern würde. Der Beschuhler der Trußleute ist unersetzlich. Die Frage ist wohl nun leicht zu beantworten, daß unsere Arbeiter mit unserem Fleisch besser daran sind als mit ausländischer, minderwertiger Ware.

Aber weils gleich ist. Die Volkserhebung geht über alles; kann man doch in den Parlamenten lange Reden zum Fenster hinaushalten über Volkswirtschaft und Volkswirtschaft und sich auf diese Weise als Sozialdemokrat als die allein herrschende Macht dem Volke präsentieren. Von aber weils die Sozialdemokratie kein Erbverächter werden zu ergötzen, daß sie einen großen Teil der Schuld an dieser Leuerung trägt und mitgeholfen hat, diesen Zustand herbeizuführen. Hüten wir uns also, die für das Wohl des deutschen Volkes aufgestellte Schutzmauer um ein paar Trabanten willen einzuräumen. Vergessen wir nicht die Gesundheit unserer Nation, deren Erhaltung und Lebensfähigkeit und nicht zuletzt unsere heimische Landwirtschaft, die Urquelle aller.

Zur Befestigung der Leuerung gibt es noch verschiedene Mittel. Nennen wir zunächst die Hebung der Fleischproduktion durch die heimische Landwirtschaft. Die fehlenden 3% können leicht durch den Import gedeckt werden. Durch Anbau der noch völlig brachliegenden Ost- und Urdländer, durch intensivere Bewirtschaftung des schon bebauten Grund und Bodens unter Zuhilfenahme der wissenschaftlichen Ergebnisse der technischen Erfindungen, durch planmäßige Aufzucht von Rind- und Schlachtvieh und sorgfamer Bewirtschaftung der Viehbestände von Seuchen und Krankheiten dürfte es möglich sein, das vorhandene Minus auszugleichen. Es unterliegt keinem Zweifel, daß selbst in größeren Fabri- und Industrieorten die Arbeiter selbst einen Beitrag zur Erhöhung der Fleischproduktion liefern kann. Die meisten Fabri- etablissemens haben Grund und Boden für eventuelle Erweiterungen vorrätig. Wie wäre es, wenn die Besitzer ihren Arbeitern diese Terrains zur Haltung von Riegen, Schafen, Schweinen, auch Schlachtkaninchen zur Verfügung stellen würden? Es ist gar nicht einmal ausgeschlossen, daß sich viele Arbeiter eine Kuh halten könnten.

Wang besonders aber bedarf unser Vieh- und Fleischhandel einer durchgreifenden Reform. In den meisten Vieh- und Schlachthöfen unserer Großstädte haben einige Großhändler es in der Hand, die Preisbewegung zu dirigieren. Sie nehmen unbemerkte bedeutende Erhöhungen vor, wodurch ihnen das Geld tausendweise in die Taschen geflüht und den Konsumenten das Fleisch ungeheuer verteuert wird. So haben z. B. München Viehgroßhändler eine Jahreserhöhung von 40-50 000 Mark aufzuweisen. Ein Münchener Metzgermeister Namens Witz hat eine Broschüre herausgegeben, wo er selbst gesteht, daß gar viele, wenn nicht die meisten Metzger Hinstecher der Händler sind und von diesen Händlern um jeden Preis kaufen müssen. Das dem leider so ist, daran tragen aber die Herren Metzgermeister mit die größte Schuld! Jetzt, wo man einseht, daß der Karren verfahren, jammert man. Ist immer so: Hoch droben und blind bleiben — bis es zu spät ist.

Die Forderung für diese verlorene Sache soll dann der Konsument und damit das arme Volk zahlen. Prozentual ist seit 1875 das Ochsenfleisch um 43%, Rindfleisch 55%, Kalbfleisch 25%, Schafffleisch 50-100%, Schweinefleisch 25% gestiegen. Rechnet man nun die anderen Produkte, die in derselben Weise und noch höher gestiegen sind, dann weiß man, daß eine Familie jetzt im Verhältnis das Doppelte verausgaben muß gegen

dreißig Jahre früher. Eine Frage. Sind auch die Ähne seit dreißig Jahren um das Doppelte gestiegen? — Herr Witz stellt in seiner Broschüre fest, daß sich zwischen dem Bauer, der das Vieh verkauft und dem Konsumenten, der das Fleisch kauft, 10 Personen stellen, die natürlich alle gut verdienen wollen. Da muß doch zum Kuckuck grünlliche Remenbur geschaffen werden. Es ist da wohl dann verständlich, daß in Städten viehreicher Gegenden das Fleisch oft teurer ist wie in den Hauptstädten des Reiches. So kostete im 3. Quartal 1909 in Berlin ein Doppelzentner Ochsenfleisch: 1. Quartal 151 Mt., in Rempten dagegen in Magdeburg 164 Mt., 2. Quartal Fleisch in Berlin 133,50 Mt., in Rempten 143 Mt., 3. Quartal in Berlin 107 Mt., in Rempten 155 Mt. Da kann man sehen, wie der Zwischenhandel seine Hand stark im Spiele hat! Die Metzger in so viehreicher Gegenden wie Rempten, so nah an der Grenze, könnten doch mit viel geringeren Auslagen zum Schlachtvieh kommen als die Berliner. Den Lebensmittelwuchern, und dazu ist es höchste Zeit, müssen die Hände gebunden werden durch die Selbsthilfe des Volkes. An die Arbeit mit Gründung von Viehverkaufsgenossenschaften. Nicht jammern, auch ihr Herren Metzger, wenn es Ernst sein soll, sondern tätig eingreifen. Es bestehen wohl schon Einkaufsgenossenschaften, die gemeinsam, frei vom Kapital der Großhändler ihre Geschäfte erledigen. Diese Einrichtungen müssen, eben weil Erfolg versprechend, weiter ausgebaut und überall durchgeführt werden. Der Staat hat an der Versorgung des Volkes mit Lebensmitteln auch ein Interesse. Es liegt deshalb zum nicht geringsten Teil auch an ihm, alle Maßnahmen anzuregen und zu unterstützen, die geeignet sind dem Uebel zu steuern. Er hat diesbezügliche Organisationen zu fördern. Ob die Herabsetzung der Frachtabgebühren für Vieh- und Fleischtransporte geeignete Mittel sind, eine nennenswerte Verbilligung herbeizuführen, bleibt dahingestellt. Eher ist zu befürchten, daß derartige Verminderungen lediglich in die Taschen der Zwischenhändler fließen und die Konsumenten das Nachsehen haben. Wir haben dann kein billigeres Fleisch und obendrein die Befürchtung, daß der Anfall der Staatseinnahmen durch Steuern anderweitig gedeckt werden muß! Wehlich verhält es sich mit den Gebührenermäßigungen der Fleischbesaher und Schlachtobehaltung in den Städten. Wichtig dürfte sein, daß die Fleischnotierungen in den Städten über ganz Deutschland eine Zentrale geschaffen wird, die die Regulierung von Angebot und Nachfrage auf sich nimmt.

Vergessen wir aber nicht den Wuchereen, sowie den Schreier und politischen Hehern auf den Leib zu rücken. Es wird so lange nicht besser werden, als bis in der großen breiten Masse immer mehr erkannt wird, daß die auf Lug und Trug beruhende Hege nicht zur Besserung der traffen Zustände, sondern zur parteipolitischen Propaganda geführt wird. Der erste Schritt muß von der Arbeiterchaft und den städtischen Konsumenten gehen. Diese haben es in der Hand, den politischen Machern die Lur zu weisen. Der Bauernstand will von dieser schiefen Lüge- und Volksausbeutergeschichte nichts wissen; auch er kann in Gemeinschaft interessierter Kreise sich schütten, wenn er nur will. Es ist unsere Pflicht besonders als christliche Arbeiter, auch diese gegebenen Wahrheiten nicht zu verschweigen, die Volkmeinung vor Irreführung frei zu halten und ermunternd den Weg zur Selbsthilfe zu empfehlen.

Auch hier stehen uns Wege der Mitarbeit offen für die Interessen des Volkes.

Bekanntmachungen des Zentral-Vorstandes.

Mit dem Erscheinen dieser Nummer ist der 44. Wochenbeitrag pro 1910 fällig.

Die Bezirksleiter werden dringend ersucht, für eine sofortige Abrechnung der ihnen unterstellten Zahlstellen Sorge zu tragen.

Zugang ist streng fernzuhalten nach München, Dresden, Hamburg, Hannover.

Wir machen die Zahlstellen vorstände, insbesondere Kassierer darauf aufmerksam, daß der im Jahre 1908 ausgeschlossene Buchbinder Joseph Siegers aus Nachen, auf alle mögliche Arten versucht, sich Unterstützung von unserem Verbande zu verschaffen. Wir ersuchen dem s. Siegers mit aller Entschiedenheit zu erklären, daß er zu keinerlei Ansprüchen berechtigt ist und keineswegs Mitglied unseres Verbandes werden kann.

Der Zentralvorstand
J. V.: Hornbach.

Bei der Zentralkasse gingen für das 3. Quartal bis zum 24. Oktober 1910 Abrechnungen und Gelder ein: Gengenbach, Schilt, Regensburg, Ebn, Heilbronn, Straubing, Berlin, Cütersloh, Dissen, Düsseldorf, M.-Gladbach, Barmen, Elberfeld, Gabelschwert, Coblenz und Glad.

Peter Guppert,
Zentralkassierer.

Rundschau.

Ein neuer Tarifvertrag für die Buchbinderarbeiter in Wien. Die von unserer christlichen Bruderorganisation und dem sozialdemokratischen Verbande der Buchbinder und verwandten Berufe Oesterreichs eingeleitete Lohnbewegung hat zum Abschluß eines Tarifvertrages, für die in den Buchbinderzweigen beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen Wien geführt. Die Arbeitszeit ist eine 9 stündige, Samstags 8 Stunden und an den Vorabenden von Oftern, Pfingsten, Weihnachten und Neujahr 7 Stunden. Die Winterlöhne der Gesellen wurden durchschnittlich um 3 Kronen pro Woche erhöht. Sämtliche Arbeiter und Arbeiterinnen, welche die neuereinkarten Sätze und darüber bereits vor Inkrafttreten des Tarifs verdienten und seit 1. April keine Lohnerhöhung erhalten haben, bekommen eine an-

gemessene Aufbesserung. Die Feiertage werden voll bezahlt. Nichtigkeitsliche, landesübliche Feiertage werden ebenfalls voll bezahlt, doch haben die Firmen das Recht, zu verlangen, daß in jenen Wochen, in welche ein solcher Feiertag fällt, an 4 Arbeitstagen je 1/2 Stunde länger gearbeitet wird, also für einen Feiertag 2 Stunden nachzuholen sind. Für Ueberstunden ist ebenfalls ein besserer Zuschlag wie bisher vorgesehen. Bei 2 Firmen kam es zur Arbeitszeiteinstellung. Der Vertrag hat Gültigkeit bis zum 30. September 1914.

Der Senefelderbund hat zu statistischen Erhebungen einen Fragebogen allen Mitgliedern des Verbandes zur gewissenhaften Ausfüllung zustellen lassen. Auf diesem Formular stehen sage und schreibe 42 Fragen, die beantwortet werden sollen, d. h. müssen. Einige davon lauten folgendermaßen:

1. Welche Schulen haben Sie besucht?
2. Gehören Sie einem Bildungsverein an und welchem?
3. Sind Sie Mitglied eines Krankenunterstützungsvereins?
4. Was bietet Ihnen dieser Verein im Krankheitsfalle?
5. Sind Sie politisch organisiert?
6. Bei welcher Partei?
7. Sind Sie im Besitz des Heimat- und Bürgerrechtes?
8. An welchem Ort?
9. Sind Sie Mitglied eines „...“ vereins?
10. Sind Sie Mitglied eines Konsumvereins?
11. Auf welche berufstechnische Werke sind Sie abonniert?
12. Auf welche Tageszeitungen sind Sie abonniert?

Da muß man doch noch eine Frage hinzufügen, die da lautet: Kollege, läßt du dir diese polizeiwidrige Ausforschung bieten? Beantworten diese Frage die im Senefelderbund organisierten Kollegen mit ja, dann ist wohl jeder Anspruch auf Intelligenz und Würdlichkeit erloschen. Eine Verneinung, die so etwas verlangt, heisse sie wie sie wolle, stellt ihre Mitglieder unter Kuratel und behandelt sie als Schulbuben. Wenn ein einigermaßen selbstidentender Kollege diesen Witz in die Hand bekommt, so muß er ihn entweder glatt zurückweisen oder die gebührende Antwort in anderer Form geben, als ermolnt ist? Eine staatliche oder gemeindliche Behörde oder irgend eine andere Organisation sollte sich solche Einmischungen in private Angelegenheiten einmal erlauben, was gebe das für ein Geschrei über Beschränkung der Freiheit usw. bei den roten Brüdern. Sie aber, die patentierten Freisitzhelden, treiben das Handwerk der Schmeichelei offen und frech. Sie schämen wahrscheinlich die dressierten Kollegen richtig ein und beschäftigen die noch nach ihrer Meinung „Wilden“ desto besser anstreichen zu können. Diese verlangte Statistik zeugt aber deutlich, wie die sozialdemokratische Gewerkschaft mit der sozial. Partei und deren Einrichtungen zusammenarbeitet, um dieser die noch fernstehenden Schafe mit Gewalt zuzutreiben. Es läßt sich gar zu jeder auch gefallen; ist man doch in der breiten Masse schon so stumpfsinnig geworden, daß man sich zu jeder Anschauung dressieren läßt, wie den Wären zum Lagen. Doch die Intelligenz der rot organisierten Senefelderbündler! —

Die Erziehung zum Sozialismus wird innerhalb des Buchbinderverbandes immer reger betrieben. So hat man den Mitgliedern der Jahressitzung des sozialdem. Buchbinderverbandes einen Fragebogen folgenden Inhalts dem Verbandsorgan, „Buchbinderzeitung“ Nr. 43, beigelegt.

Name: Beruf: Wohnung:

Sind Sie Abonnent unseres Parteiorgans „Mheinische Zeitung“?

Wenn nein, wünschen Sie, daß Ihnen diese Zeitung zugestellt wird?

Bemerkungen:

„Frei“ nennen sich diese Leute und dabei wird allen Jenen, die nicht sozialdemokratisch denken und handeln, jederlei Selbstbestimmung abgeprochen. Durch solche Anfragen erhalten die Obergangenen einen Ueberblick und kennen weitere Mittel für diejenigen, die den gegebenen Anregungen nicht freiwillig zu folgen versprechen.

Aus den Zahlstellen.

Kendersdorf: Am Sonntag den 23. Oktober fand eine gutbesuchte Versammlung der hiesigen Zahlstelle statt. Freudig wurde begrüßt, daß Zentralvorstand Hornbach, trotzdem bereits eine vorausgeschickte Verbindung mitgeteilt wurde, noch erschienen war. Der 1. Vorsitzende Kollege Walter gab nochmals einen ausführlichen Bericht über die wichtigsten Beschlüsse unserer letzten Generalversammlung, die allgemeine Zustimmung fanden. Der 2. Vorsitzende Kollege J. Richter begrüßte es lebhaft, daß dem Rufe des Vorstandes mehrere frühere Mitglieder gefolgt waren und auch diese wieder die notwendige allgemeine Einigkeit sämtlicher Berufscollegen anerkannten. Große Zustimmung fanden die Ausführungen des Kollegen Hornbach über die künftig einschlagenden Taktik. Die nachfolgende sehr lebhaft Diskussion gab der Erwartung Ausdruck, daß die Mitgliederzahl recht bald eine größere wird und nicht nur der Vorstand, sondern alle Kollegen sich in den Dienst der Agitation zu stellen beschließen.

München. Am 15. Oktober wurde in einer gut besuchten Versammlung, die von dem Deutschen Buchbinderverband und dem Graphischen Zentralverbande einberufen war, Stellung zu den wiederholten Verhandlungen des Aktionsausschusses mit den Vertretern der Großbuchbinderzweige und Buchdruckerzweige geschlossen. Folgende Zugeständnisse wurden von den Arbeitgeber-Vertretern als Minimum ausgedrückt und von dem Aktionsausschuss schließlich einstimmig der Versammlung zur Annahme empfohlen.

Die wöchentliche Arbeitszeit beträgt 5 1/2 Stunden. Findet bei Erneuerung des am 31. Dezember 1911 ablaufenden Buchdruckerarbeitsvertrag eine Verlängerung der Arbeitszeit statt, so beträgt dieselbe soeben in allen Betrieben

